

Antrag Nr. I 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Strategien gegen Rechtsextremismus

Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

Immer wieder hat es in der Bundesrepublik Erfolge rechtsextremistischer Gruppen oder Parteien gegeben, die stets nach kurzer Zeit wieder von der politischen Bühne verschwunden waren. Die spektakulären Erfolge der NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern haben klar gemacht: Wir haben es mit einer neuen Dimension einer alten Bedrohung zu tun.

Die Rechtsextremisten versuchen, sich neu zu formieren. Die sich verändernden Erscheinungsformen der Rechtsextremisten bestätigen unsere Überzeugung, dass wir es mit einer dauerhaften Problematik zu tun haben. Das zeigen nicht zuletzt die erschütternden Untersuchungen, die belegen, wie sehr rechtsextremes Gedankengut mitten in der Bevölkerung verbreitet ist.

Die SPD im Bezirk Weser-Ems nimmt die Auseinandersetzung an. Für sie ist es eine Verpflichtung, die politische Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit verstärkt zu führen. Die SPD ist als zivilgesellschaftliche Organisation im Alltag präsent und verwirklicht als verantwortungsbewusste politische Kraft in Parlamenten und Regierungen eine Politik, die den Rechtsextremen das Wasser abgräbt.

Die SPD im Bezirk Weser-Ems bekräftigt die Aussagen und Forderungen ihres auf dem Ihlower Bezirksparteitag im Jahr 2005 einstimmig angenommenen Antrages zum Kampf gegen den Rechtsextremismus (siehe Anlage).

Die gesteigerte Sensibilität für die Gefahren des Rechtsextremismus zeigt sich auch in Weser-Ems in engagierten Widerstandsaktionen und Demonstrationen gegen rechtsradikale Veranstaltungen und Aufmärsche. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind fester Bestandteil dieses breiten Bürgerprotestes.

Auf Grundlage ihrer Beschlüsse stehen für die SPD im Bezirk Weser-Ems für die Bekämpfung des Rechtsextremismus folgen-

Antragskommission:

Annahme

Weiterleitung:
Gliederungen in Weser-Ems
Fraktionen in den Kommunen
Veröffentlichung „Unser Weg online“

45 de strategische Überlegungen im Mittelpunkt ihrer künftigen
46 politischen Arbeit:
47

48 I. POLITISCHE EBENE

49 Der Rechtsextremismus muss von der Politik offensiv als gesell-
50 schaftspolitische Herausforderung angenommen werden. Dazu
51 gehört die kompetente Auseinandersetzung mit sozialen Prob-
52 lemlagen, die Rechtsextreme aufgreifen, aber auch die Ausei-
53 nandersetzung mit den Argumentationsstrategien der Rechts-
54 extremen. Ein Zurückweichen vor Konflikten (wie das Verlassen
55 von Parlamentsitzungen oder Diskussionsrunden bei rechten
56 Provokationen) überlässt die öffentliche Bühne den Rechtsex-
57 tremen und kann kaum demokratische Orientierungen fördern.
58

59 Wichtig ist, die Vertreter der demokratischen Parteien an einen
60 Tisch (auf kommunaler, Länder- und Bundesebene) zu bringen,
61 um Leitfäden oder Handlungskorridore in der Auseinanderset-
62 zung mit dem Rechtsextremismus abzustecken. Mindestes ge-
63 nau so wichtig ist die gezielte Förderung der demokratischen,
64 auf Toleranz gründenden politischen Kultur. Daher sind Strate-
65 gien zur Etablierung und Festigung eines demokratischen Wer-
66 tekonsenses (z.B. in Anlehnung an das Grundgesetz) essentiell.
67 Darüber hinaus ist eine demokratische Bearbeitung brisanter
68 Themen (wie Einwanderung, Islam/Islamismus, Arbeitslosig-
69 keit) in der Politik notwendig. Die Ethnisierung sozialer Prob-
70 lemlagen sollte vermieden werden, etwa durch eine transpa-
71 rente Einwanderungspolitik und das Werben für eine plurale
72 Gesellschaft. In einen solchen Dialogprozess der demokrati-
73 schen Parteien sind weitere gesellschaftliche Akteure (Gewerk-
74 schaften, Arbeitgeber, Kirchen usw.) einzubeziehen.
75

76 Ansätze zu Strategien in der Politik gibt es: So wurde ein runder
77 Tisch zum Rechtsextremismus 2006 etwa in Berlin (CDU, SPD,
78 Grüne, FDP und DieLinke. PDS) etabliert. Die SPD hat auf Bun-
79 desebene bereits im Jahr 2005 einen Leitfaden entwickelt. Im
80 SPD-Bezirk Weser-Ems arbeitet seit 2006 ein parteiinternes
81 Netzwerk „Gegen Rechts“.
82

83 Politisch-soziales Engagement muss sich aber auch auf die öko-
84 nomischen Rahmenbedingungen beziehen, die sich als anfällig
85 für rechtsextreme Orientierungen erweisen. Unsicherheit,
86 Angst vor Arbeitslosigkeit und vor sozialem Abstieg sind die Ge-
87 fühle, die heute erfolgreich von rechtsextremen Gruppierungen
88 aufgegriffen und mit fremdenfeindlichen oder antisemitischen
89 Ressentiments verbunden werden. Vor diesem Hintergrund ge-
90 raten vor allem Bevölkerungsgruppen in den Blick, die vom ge-
91 sellschaftlichen Wandel besonders betroffen sind. So müssen
92 beispielsweise Handwerker und Facharbeiter im Informations-
93 zeitalter nicht nur einen Statusverlust hinnehmen, sondern im

94 Zuge der Globalisierung der Märkte auch mit finanziellen Ein-
95 bußen oder Arbeitslosigkeit rechnen. Zudem bedürfen insbe-
96 sondere strukturschwache Regionen und „soziale Brennpunkte“
97 einer durchdachten ökonomisch-sozialen Förderung. Es besteht
98 Handlungsbedarf bezüglich der Wirtschafts- und Arbeitsmarkt-
99 politik ebenso, wie der Sozial-, Familien- und Bildungspolitik. Er-
100 folg versprechend sind etwa Programme, die den Übergang
101 vom Schul- ins Berufsleben begleiten und entsprechende Wei-
102 terbildungsprogramme.
103

104 II. EBENE DER POLIZEI UND JUSTIZ

105
106 Es ist die Pflicht der Justiz und der Polizei, den demokratischen
107 Staat und seine Bürger vor Rechtsextremismus zu schützen. In
108 der Bundesrepublik Deutschland gibt es – auch aufgrund der Er-
109 fahrungen der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus
110 – eine ganze Reihe juristischer Möglichkeiten, rechtsextreme
111 Aktivitäten zu ahnden (vgl. Art. 21 Abs. 2 GG, Art. 9 Abs. 2 GG, § 3
112 VereinsG, vgl. §86 StGB, §86a StGB, vgl. § 130 StGB).
113

114 Hier handelt es sich um reaktive Möglichkeiten. Ein rasches und
115 konsequentes Handeln kann aber auch die rechtsextreme Szene
116 einschüchtern und damit Schlimmeres abwenden. Dennoch: Po-
117 lizei und Justiz sind nicht in der Lage – noch ist es ihre Aufgabe
118 – die Herausbildung rechtsextremer Gewaltszenen auf lokaler
119 Ebene und erst recht nicht die Entwicklung rechtsextremer Ein-
120 stellungen zu verhindern. Ein gutes Beispiel für Präventionsar-
121 beit von Seiten der Polizei ist allerdings die 2006 gestartete
122 Kampagne "Wölfe im Schafspelz". Sie informiert und klärt (wei-
123 terführende) Schulen und Schüler – vor dem Hintergrund des
124 Grundgesetzes – über Rechtsextremismus auf und regt zu einer
125 selbstständigen Auseinandersetzung mit dem Phänomen an.
126 Auch interne Schulungen der Exekutive (Polizei, Verwaltung all-
127 gemein) sind ein sinnvolles Element der Strategien gegen
128 Rechtsextremismus.
129

130 Die Repressionen von Seiten der Polizei und der Justiz können
131 rechtsextreme Aggression einschränken. Es gelingt ihnen aber
132 nicht die Attraktivität des Rechtsextremismus zu schmälern.
133 Vielmehr haben sie zu der spezifischen Entwicklung des Rechts-
134 extremismus in Deutschland – der sich in seiner subkulturellen
135 Bewegungsförmigkeit, mit relativ losen Strukturen und eigenen
136 Codes den Repressionen zunehmend entzieht – beigetragen.
137 Dennoch: Die gegenwärtigen strafrechtlichen Möglichkeiten
138 werden genutzt und ihr weiterer Ausbau schreitet voran oder
139 wird diskutiert. Verbote von Demonstrationen (etwa an be-
140 stimmten Orten) werden diskutiert und durchgesetzt und auch
141 das – bislang gescheiterte – Verbot der NPD prägt weiterhin die

142 Debatte.
143

144 III. EBENE DER KOMMUNE UND DER ZIVILGESELLSCHAFT

145 Das lokale Gemeinwesen ist ein zentraler Ort für direkte, identi-
146 tätstabilisierende Integrationserfahrungen. Die individuelle Er-
147 fahrung mit anderen teilen zu können und das eigene Umfeld
148 mitzugestalten ist eine wichtige und positive Demokratieerfah-
149 rung, die insbesondere für junge Menschen richtungweisend
150 sein kann. Eine aktive, demokratische Zivilgesellschaft erweist
151 sich als bedeutsamer Pfeiler einer offenen, toleranten Gemein-
152 de.

153
154 Das politische Klima in Städten und Gemeinden wird stark von
155 den lokalen Akteuren und deren Zusammenwirken geprägt. Die
156 Kommune – ihre Handlungsbereitschaft und ihr Selbstver-
157 ständnis – kann bedeutend für die Herausbildung rechtsextre-
158 mer und fremdenfeindlicher Einstellungs- und Verhaltensmus-
159 ter sein. Initiativen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeind-
160 lichkeit und Gewalt, sowie ein klares öffentliches Eintreten für
161 Vielfalt und Toleranz senden deutliche Signale gegen Rechtsex-
162 tremismus und Intoleranz. Kommunale Präventionsgremien,
163 runde Tische, lokale Bündnisse für Toleranz und Demokratie
164 sind Beispiele für Strategien auf dieser Ebene, die zu einer offe-
165 nen und toleranten politischen Kultur beitragen können. Weite-
166 re gute Beispiele für erfolgreiche Strategien sind die regionalen
167 Mobilen Beratungsteams/RAAs und die Opferberatungsstellen,
168 sowie Aussteigerprogramme wie EXIT. Besonders Erfolg ver-
169 sprechend für eine nachhaltige und langfristige Verankerung
170 der Arbeit gegen Rechts ist eine funktionierende Kooperation
171 zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und den Gemeinden.

172
173 Als problematisch erweisen sich Kommunen die nicht kooperie-
174 ren, sowie Gegenden, in denen wenig oder kein demokratisches,
175 zivilgesellschaftliches Engagement vorhanden ist. Der Abbau
176 staatlicher Angebote wirkt vor allem hier verheerend. Rechtsex-
177 treme stoßen erfolgreich in diese Lücke: Ihre Aktivitäten stellen
178 häufig die einzigen Freizeitangebote für Jugendliche dar. Hier
179 müssen Bemühungen mit langfristigen Konzepten ansetzen.
180

181 IV. EBENE DER MEDIEN UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

182
183 Die Medien beeinflussen wesentlich die öffentliche Debatte zu
184 brisanten Themen wie (Migrant(-)Integration, Toleranz und
185 soziale Gerechtigkeit. Sie sind eine Sozialisationsinstanz mo-
186 derner Gesellschaften, allerdings kein abgeschlossenes System.
187 Sie interagieren nicht nur, sondern sie sind Teil eines breiten öf-
188 fentlichen Diskurses, der problematische Stereotypisierungen
189 und Ausgrenzungsstrategien in sich birgt. Analysen zur Fern-

190 seherberichterstattung haben gezeigt, dass es deutliche Vermitt-
191 lungsprobleme des Themas „Rechtsextremismus“ in den Me-
192 dien gibt. Zum Teil liegen Probleme bei der Thematisierung des
193 Rechtsextremismus originär in den Medien selbst: Sie sind im
194 Visualisierungs-, Dramatisierungs- und Quotendruck begrün-
195 det, die mit mangelnder Ausleuchtung von Hintergründen und
196 dem Übergewicht an ereignisorientierter und tagespolitischer
197 Berichterstattung einhergehen. Wichtig für eine informative,
198 aufklärende und präventive Thematisierung ist:
199 - eine kontinuierliche Berichterstattung;
200 - eine kompetente, Ausgrenzung vermeidende Auseinanderset-
201 zung;
202 - eine differenzierte Darstellung;
203 - ein sensibler und reflektierter Umgang mit den Themen Mi-
204 gration und Ausländer.

205
206 Medien und Öffentlichkeitsarbeit können einen Beitrag leisten,
207 die demokratische Gesellschaft aktiv zu gestalten. Dazu gehört
208 auch, dass hier Erfolge der Arbeit gegen Rechtsextremismus, für
209 Demokratie, Vielfalt und Toleranz dargestellt werden können
210 und dass die Medien selbst Position für eine plurale, demokrati-
211 sche Gesellschaft beziehen.
212

213 V. EBENE DER BILDUNG

214
215 Emotionale Ausgeglichenheit, die Fähigkeit sich in die Perspek-
216 tive anderer zu versetzen, ein angemessenes Selbstwertgefühl,
217 Konfliktfähigkeit, Offenheit und Neugier sind Kompetenzen, die
218 Kinder und Jugendliche gegen Rechtsextremismus wappnen.
219 Zentral ist die frühe, kontinuierliche und möglichst individuelle
220 Förderung dieser sozialen und emotionalen Kompetenzen. Die
221 Verschränkung unterschiedlicher Ebenen wie der individuellen
222 mit der schulischen und außerschulischen sind wichtige Bedin-
223 gungen für eine erfolgreiche Rechtsextremismusprävention.
224

225 Institutionen wie Kindertagesstätten und Schulen können sehr
226 viel zu der Herausbildung und Entwicklung sozialer und emoti-
227 onaler Kompetenzen beitragen. Zudem können sie Kinder und
228 Jugendliche auf das Leben in einer pluralen Gesellschaft vorbe-
229 reiten und sie befähigen, sich kritisch mit ihrer Umwelt ausein-
230 ander zu setzen. Statt eine Vielzahl an recht beliebigen Projek-
231 ten oder Interventionen an die Bildungsinstitutionen heranzu-
232 tragen, ist eine systemische Verankerung eines demokratischen
233 Bildungskonzepts sinnvoll. Die Reform der Bildungsinstitutio-
234 nen, die zum Teil bereits angegangen wird, muss sich auf die
235 Unterrichtsgestaltung, die Organisationsentwicklung und das
236 pädagogische Personal beziehen. Das Bildungskonzept sollte
237 sich an Werten wie Toleranz, den Menschenrechten und Vielfalt
238 orientieren und zum Ziel haben, eine demokratische, partizipa-

239 tive und motivierende Lern- und Schulkultur zu entfalten. Dabei
240 sind Gewalt- und Extremismusprävention wichtige Elemente in
241 einer breiten demokratischen Schulentwicklung. Brauchbare
242 pädagogische Ansätze einer umfassenden Bildungs-Strategie,
243 die sich auch gegen Rechtsextremismus richtet, sind: Konzepte
244 der antirassistischen Pädagogik, einer reflektierten interkultu-
245 relle Pädagogik, Konzepte und Programme der Demokratie- und
246 Toleranzerziehung, sowie (historisch-) politische Bildung.
247 Durch den Ausbau der Ganztagschule können intensivere Ko-
248 operationen zwischen Jugendhilfe, Schulsozialarbeit und Schule
249 (zeitlich und finanziell besser) ermöglicht werden, womit stär-
250 kere Präventions- und Interventionswirkungen entfaltet werden
251 könnten. Auch Projekte der außerschulischen Jugendarbeit mit
252 rechtsorientierten oder rechtsextremen Jugendlichen ließen
253 sich sinnvoll in den schulischen Kontext einbinden.

254

255 Die Verankerung einer für Pluralismus offenen politischen Kul-
256 tur ist grundlegend, um zukünftige Generation gegen rechtsex-
257 treme Orientierungen zu wappnen.

258

259

260

261 Anlage:

262 Beschluss Antrag I 1 des Bezirksparteitages 2005

263